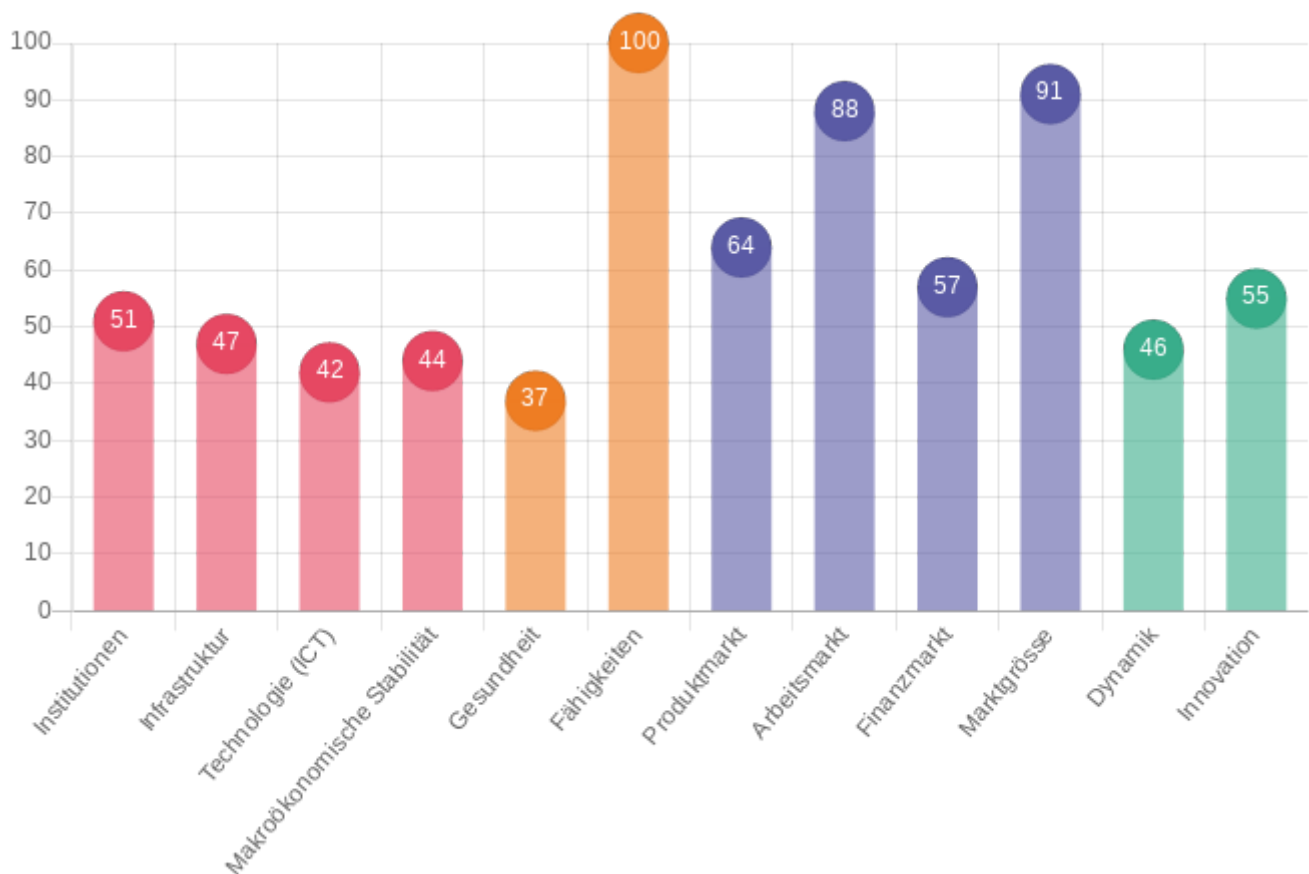


## Auswertung

# Ihr persönliches Profil

Gut! Sie tragen dem Wohlstand in unserem Land Sorge und unterstützen den Wirtschaftsstandort Schweiz in vielen Belangen. Insgesamt braucht der Standort Schweiz aber noch etwas mehr von Ihrer Unterstützung. Helfen Sie der Schweiz auf ihrem Weg zurück an die Weltspitze. Seien Sie Teil der Erfolgsgeschichte Schweiz. Und lassen Sie uns wissen, wenn Sie mehr über einzelne wirtschaftspolitische Themen wissen möchten.



Die Wirtschaft ist auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Das Weltwirtschaftsforum (WEF) definiert zwölf Säulen, die für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes wichtig sind. Ein Land sollte in möglichst allen Säulen gute Rahmenbedingungen schaffen, um international wettbewerbsfähig zu sein. Wenn alle Erfolgsfaktoren ihre volle Wirkung entfalten und die Wettbewerbsfähigkeit auch erhalten bleiben soll, müssen aber alle Zahnrädchen optimal ineinandergreifen. Sie tragen nicht in allen Säulen gleich stark zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz bei:



In den folgenden Säulen tragen Sie wesentlich zu guten Rahmenbedingungen und einer wettbewerbsfähigen Schweiz bei:

- **Fähigkeiten**
- **Arbeitsmarkt**
- **Marktgrösse**



In folgenden Kategorien haben Sie noch Verbesserungspotenzial, um wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen:

- **Institutionen**
- **Produktmarkt**
- **Finanzmarkt**
- **Innovation**



In folgenden Kategorien sollten Sie Ihre Positionen überdenken, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu erhalten:

- **Infrastruktur**
- **Technologie (ICT)**
- **Makroökonomische Stabilität**
- **Gesundheit**
- **Dynamik**



## Aussenwirtschaftspolitik

### Befürworten Sie ein institutionelles Abkommen mit der EU, um die bilateralen Beziehungen erhalten und weiterentwickeln zu können?



Meine Antwort: **Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Der wirtschaftliche Nutzen der bilateralen Marktzugangsabkommen ist mit 20 bis 30 Milliarden Franken jährlich für die Schweiz von grosser Bedeutung. Dieser Betrag könnte ohne institutionelles Abkommen langfristig wegschmelzen. Gefährdet ist grundsätzlich der Erhalt und die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen mit der EU.

---

### Soll die Schweiz auf die Teilnahme am neuen EU-Forschungsprogramm (Horizon Europe) verzichten?



Meine Antwort: **Nein**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Die Teilnahme der Schweiz am weltweit grössten Forschungsprogramm ist für die Attraktivität des Forschungsstandorts Schweiz und damit die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts von erheblicher Bedeutung. Ohne die Assoziierung drohen erhebliche Nachteile für den Forschungsplatz Schweiz.

---

## Befürworten Sie ein Stromabkommen mit der EU, damit die Schweiz Zutritt zum europäischen Strommarkt erhält?



Meine Antwort: **Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Ein Stromabkommen ist notwendig, weil wir Versorgungssicherheit brauchen. Zudem brauchen wir auch morgen wettbewerbsfähige Strompreise für Schweizer Unternehmen. Dazu benötigen wir ein stabiles und grenzüberschreitend möglichst engpassfreies Höchstspannungsnetz und einen diskriminierungsfreien Marktzugang. Das alles gibt es nur mit einem institutionellen Rahmenabkommen.

## Soll die Schweiz eine staatliche Investitionskontrolle einführen und eine entsprechende Kontrollbehörde schaffen?



Meine Antwort: **Eher Nein**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Die Einführung staatlicher Investitionskontrollen stellt für die Wirtschaft einen schwerwiegenden Eingriff in die verfassungsmässig garantierte Eigentums- und unternehmerische Freiheit dar. Für die Wirksamkeit und Effektivität staatlicher Investitionskontrollen gibt es zudem keine ausreichende Evidenzen. Die Schweiz verfügt bereits heute über griffige Instrumente, um sicherheitsrelevante Infrastrukturen und Unternehmen mit besonderer Bedeutung für die Volkswirtschaft gezielt zu schützen.

## Soll die Schweiz weitere Freihandelsabkommen abschliessen und bestehende modernisieren?



Meine Antwort: **Ja**

Antwort economisesuisse: **Ja**

Die Schweiz verfügt über insgesamt 32 Freihandelsabkommen. Die Freihandelsabkommen sind für die Schweiz als kleines exportorientiertes Land ein wichtiges Instrument. Deren Bestimmungen gehen über das bestehende WTO-Recht hinaus. Dadurch kann die Schweiz den Marktzugang für ihre Unternehmen verbessern. Dies ist wichtig, da die aktuelle Doha-Runde der WTO seit Jahren blockiert ist und umfassende weitere Liberalisierungen auf multilateraler Ebene in naher Zukunft nicht erwartet werden können.

---



## Bildungspolitik

### Soll «Digital Literacy» im gymnasialen Lehrplan sowie in der Maturitätsanerkennung verbindlich verankert werden?



Meine Antwort: Ja

Antwort economiesuisse: Ja

Jede Schülerin und jeder Schüler sollte nach dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit über Grundkenntnisse des Programmierens und in Computational Thinking verfügen: Ein bestimmter Sachverhalt soll in einem Modell abstrahiert dargestellt und danach mithilfe von Algorithmen und Daten abgebildet werden können.

---

### Soll die internationale Mobilität in der (höheren) Berufsbildung vom Bund explizit gefördert werden?



Meine Antwort: Ja

Antwort economiesuisse: Ja

Die Globalisierung der Wirtschaft treibt auch die Internationalisierung der Bildung voran: Das Schweizer Berufsbildungssystem muss den Lernenden deshalb auch die auf dem Arbeitsmarkt zunehmend geforderten internationalen Kompetenzen vermitteln. Die Förderung der internationalen Mobilität ist hierfür ein zentraler Bestandteil.

---

## Sollen die Ausgaben für Bildung, Forschung und Innovation gegenüber den Ausgaben für Landwirtschaft, Entwicklungshilfe und Armee priorisiert werden?



Meine Antwort: Ja

Antwort economiesuisse: Ja

Die Qualität der Schweizer Bildung und Forschung ist herausragend – sie ist ein Schlüssel für den Fortschritt und hat dem Land den Titel des «Innovationsweltmeisters» gebracht. Weil sich Investitionen in Bildung und Forschung langfristig auszahlen, sollten sie auch in Zukunft beim Ausgabenwachstum gegenüber volkswirtschaftlich weniger bedeutenden Ausgaben priorisiert werden.

---



## Energiepolitik

**Soll die Schweiz auf eine vollständige Liberalisierung des Strommarkts verzichten?**



Meine Antwort: **Eher Nein**

Antwort economieuisse: **Nein**

Eine vollständige Marktöffnung gewährleistet mittelfristig die Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen. Diese sind für die Unternehmen ein Schlüssel zum Erfolg.

---





## Finanzpolitik

### Würden Sie einer Abschaffung sämtlicher Industriezölle für Importe zustimmen?



Meine Antwort: **Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Die Zollaufhebung auf Industrieimporte ist eine wichtige Strukturmassnahme für die Schweiz, da sie die Importpreise senken würde. Sie wäre zudem ein starkes Symbol für liberale Handelsbeziehungen, die volkswirtschaftlich stets positiv wirken. Als Exportnation erfährt die Schweiz keinen Schutz, sondern Nachteile durch Importzölle.

---

### Sollen Verbundaufgaben zwischen Bund und Kantonen entflechtet und die Kompetenzen klar zugeordnet werden?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Ein gut funktionierender Föderalismus ist wichtig für die Wirtschaft – dezentrale, bürgernahe Lösungen bewähren sich in vielen Bereichen auch für die Unternehmen. Mit einer klaren Aufgaben- und Verantwortungszuteilung zwischen den staatlichen Ebenen können Steuermittel gezielt und wirksam eingesetzt und Doppelspurigkeiten, falsche Anreize sowie teure Abhängigkeiten verhindert werden.

---

## Würden Sie es begrüßen, wenn weniger Ausgaben des Bundes gesetzlich gebunden sind?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Gebundene Ausgaben betragen heute schon über 60 Prozent der Gesamtausgaben und schränken die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Parlaments massiv ein. Deshalb sind gebundene Ausgaben wo immer möglich zu vermeiden und zu vermindern.

---

## Soll der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen eingeschränkt werden?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Der Fiskalföderalismus ist eines der zentralen finanzpolitischen Erfolgsrezepte der Schweiz. Die Effizienz der kantonalen Verwaltungen wird dadurch verbessert, die Steuerbelastung bleibt massvoll und die Akzeptanz der Steuern in der Bevölkerung gestärkt. Eine materielle Steuerharmonisierung verhindert die Anpassung der Steuerpolitik an lokale Gegebenheiten und führt mittelfristig zu einer höheren Steuerbelastung.

---

## Befürworten Sie eine Lockerung der Schuldenbremse?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Die Schweiz ist mit der Schuldenbremse in ihrer aktuellen Ausgestaltung sehr gut gefahren. Die Staatsverschuldung ist im internationalen Vergleich massvoll und konnte seit Einführung der Schuldenbremse reduziert werden. Durch tiefere Zinskosten eingesparte Mittel erhöhen den finanzpolitischen Handlungsspielraum für andere Aufgabengebiete. Gleichzeitig ist die Schuldenbremse flexibel genug, um auf Konjunkturschwankungen reagieren zu können und auch die Investitionsquote des Bundes zeigt sich stabil.

---

## Befürworten Sie eine stärkere Besteuerung der Kapitaleinkommen (Zinsen und Dividenden)?



Meine Antwort: **Eher Nein**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Die Besteuerung der Kapitaleinkommen ist zentral für die Anreize, in Unternehmen und produktive Vorhaben zu investieren. Eine überproportional höhere Besteuerung von Kapitaleinkommen würde sich negativ auf die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen und letztlich auch auf das Wirtschaftswachstum auswirken.

---

## Befürworten Sie eine Abschaffung der Stempelsteuern?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economieuisse: **Ja**

Die Stempelsteuern sind ein Relikt aus früheren Zeiten. Konkurrenzstaaten haben ähnliche Abgaben längst abgeschafft. Die Emissionsabgabe auf Eigenkapital hat unvorteilhafte Auswirkungen auf die Finanzierung der Unternehmen und erschwert auch die Gründung von Unternehmen. Die Umsatzabgabe belastet den Börsen- und Finanzplatz Schweiz, da sie ihn im internationalen Vergleich steuerlich unattraktiver macht.

---

## Befürworten Sie, dass die Schweiz digitale Sondersteuern einführt?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economieuisse: **Nein**

Digitale Sondersteuern auf dem Umsatz sind ein fundamentaler Bruch mit der heutigen Systematik der Firmenbesteuerung. Im heutigen System bezahlen Firmen ihre Gewinnsteuern am Ort der Produktion als Entschädigung für die Nutzung der staatlichen Infrastruktur. Im Gegensatz dazu fällt die Mehrwertsteuer am Ort des Konsums an. Setzen sich zusätzliche Umsatzsteuern am Ort des Konsums international durch, so hätte dies potenziell gravierende Auswirkungen auf das Steuersubstrat der Schweiz. Die Steuern international tätiger Schweizer Firmen würden damit vermehrt nicht mehr in der Schweiz, sondern in den Staaten mit grossen Absatzmärkten bezahlt.

---



## Geldpolitik

### Befürworten Sie die Schaffung eines Schweizer Staatsfonds?



Meine Antwort: **Eher Nein**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Es gibt immer wieder Bestrebungen, mit den Mitteln der Nationalbank einen Staatsfonds, der für die Finanzierung unterschiedlicher Vorhaben erhalten müsste, zu gründen und zu alimentieren. Dies ist jedoch abzulehnen, da ein solcher Fonds die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank gefährden würde. Die SNB kann ihre Massnahmen nur dann an den Finanzmärkten glaubhaft durchsetzen, wenn die Marktteilnehmer überzeugt sind, dass sie auch bei unpopulären Massnahmen nicht durch politische Einmischung geschwächt wird. Ein gegenteiliges Zeichen könnte gravierende Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit der SNB haben und ihre Reputation langfristig schädigen.

---

### Soll die Nationalbank verpflichtet werden, die Einnahmen aus Negativzinsen den Schweizer Pensionskassen zugutekommen zu lassen?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Damit die Nationalbank eine stabilitätsorientierte Geldpolitik betreiben kann, muss sie unabhängig von der Politik sein. Solche Vorstösse gefährden aber die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank.

---



## Gesundheitspolitik

### Soll die Obergrenze des Selbstbehalts und der Franchise bei der obligatorischen Krankenversicherung (OKP) an die Kostenentwicklung angepasst werden?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Die Wirtschaft ist überzeugt, dass die Kostenbeteiligung regelmässig der Kostenentwicklung angepasst werden sollte, damit die Selbstverantwortung erhalten bleibt. Kostenbeteiligungen sind wichtig, weil sie die Selbstverantwortung erhöhen. Dadurch kann das sogenannte moralische Risiko entschärft werden. Dieses entsteht, wenn nicht die geschädigte Person, sondern ein Dritter einen Schaden bezahlen muss. Für die geschädigte Person besteht kaum ein Anreiz, den Schaden auf sparsame Art zu beheben. Kostenbeteiligungen schwächen diesen Anreiz ab und stärken überdies die Schadensprävention.

---

### Sollen Kantone Mindest- und Höchstfallzahlen in der obligatorischen Krankenversicherung (OKP) einführen können?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Mindestfallzahlen sind kein geeignetes Instrument, um gute Behandlungen zu garantieren. Die einseitige Setzung von Mindestfallzahlen kann zu einem Anreiz führen, die eine oder andere Behandlung unnötig durchzuführen, um die Mindestfallzahl zu erreichen. Höchstfallzahlen beschneiden den Wettbewerb, weil dann die Patienten oder die überweisenden Leistungserbringer nicht mehr die freie Wahl haben. Stattdessen braucht es Daten und Kenntnisse über die Wirkung der Medizin, um Behandlungsqualität und Patientennutzen messen zu können. Entsprechend sind Instrumente gefragt, mit denen sich die medizinische Qualität festlegen und messen lässt.

---

## Soll in der obligatorischen Krankversicherung (OKP) ein jährliches Kostendach festgelegt werden?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Ein Globalbudget muss verhindert werden. Dafür sollen Tarifsysteme eingeführt werden, die mit Qualitätszielen verbunden sind. Dies würde das Preis-Leistungs-Verhältnis verbessern.

---



## Infrastrukturpolitik

### Soll der Strahlengrenzwert für die Mobilfunkkommunikationsnetze in der Schweiz moderat gelockert werden?



Meine Antwort: **Nein**

Antwort economieuisse: **Ja**

Es gibt keinen Zielkonflikt zwischen dem Gesundheitsschutz und höheren Grenzwerten in der Schweiz. In den letzten 10 bis 15 Jahren wurden unzählige Studien zu den gesundheitlichen Effekten der Strahlung von Mobilfunkantennen und Mobiltelefonen durchgeführt. Bisher konnte kein systematisches Risiko nachgewiesen werden. Dementsprechend empfiehlt auch die Weltgesundheitsorganisation WHO heute Anlagegrenzwerte, die um den Faktor 10 über dem Schweizer Grenzwert liegen. Kommen Parlament und Bundesrat den Forderungen der Wirtschaft nach, sind die Anlagegrenzwerte immer noch um den Faktor 3 strenger, als die WHO empfiehlt. Das Schweizer Vorsorgeprinzip bleibt gewahrt.

### Befürworten Sie in der Weiterentwicklung des Agglomerationsverkehrs eine höhere Gewichtung der wirtschaftlichen Bedürfnisse (z. B. im Bereich Logistik)?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economieuisse: **Ja**

Die Strasse ist in der Schweiz der mit Abstand wichtigste Verkehrsträger für den Personen- und Güterverkehr. Die Qualität der hiesigen Strassenverkehrsinfrastrukturen ist im internationalen Vergleich sehr hoch, gemäss dem Ranking des World Economic Forum jedoch rückläufig. Zusätzlich stellt die wachsende Verkehrsüberlastung die Leistungsfähigkeit der Strasseninfrastruktur zunehmend infrage. Insbesondere in den Agglomerationen bestehen grosse Herausforderungen.





## Landwirtschaftspolitik

**Marktöffnungen und eine starke und leistungsfähige Landwirtschaft in der Schweiz sind kein Widerspruch. Stimmen Sie dieser Ansicht zu?**



Meine Antwort: Ja

Antwort economiesuisse: Ja

Offene Märkte sind für die Schweizer Wirtschaft unabdingbar. Deshalb ist es für die Schweizer Wirtschaft wichtig, dass die internationalen Marktzugänge unter anderem über Freihandelsverträge weiter ausgebaut werden. Schweizer Firmen müssen diskriminierungsfrei in möglichst viele ausländische Märkte exportieren sowie von dort importieren können, um das Handelspotenzial voll auszuschöpfen. Gemäss Studien sind bessere Marktzugänge bereits mit moderaten Anpassungen an der Agrarpolitik möglich und für die Landwirtschaft verkraftbar.

---



## Migrationspolitik

### Sollen Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus Drittstaaten, die an einer Schweizer Hochschule studiert haben, vom Ausländerkontingent ausgenommen werden?



Meine Antwort: **Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Jedes Jahr schliessen rund 3000 Studierende von ausserhalb der EU/Efta in der Schweiz eine Hochschulausbildung ab. Doch obwohl sie über Know-how verfügen, das wegen des Fachkräftemangels dringend gebraucht würde, ist es für sie kaum möglich, hier zu arbeiten. Die Schweizer Wirtschaft hat aber ein Interesse, dass ausländische Studierende, die oft in MINT-Fächern abschliessen, in der Schweiz bleiben und arbeiten können. Zudem besteht auch vonseiten des Staates ein Interesse, dass Absolventen von Schweizer Hochschulen einen Teil der Studienkosten in Form von Steuern wieder dem Fiskus zurückgeben. Deshalb sollten ausländische Talente, die sich während des Studiums bereits in der Schweiz integrieren konnten, nicht vor die Tür gewiesen werden.

### Befürworten Sie die Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit (FZA) mit der EU?



Meine Antwort: **Nein**

Antwort economiesuisse: **Nein**

Das bestehende Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU wurde in der Volksabstimmung 2000 angenommen und 2005 sowie 2009 vom Volk bestätigt. Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit hätte grosse Nachteile für die Schweiz. Sie würde den gesamten bilateralen Weg aufs Spiel setzen, da die Bilateralen I höchstwahrscheinlich beendet würden. Solche Experimente würden dem Wirtschaftsstandort Schweiz massiv schaden.



## Sozialpolitik

### Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Angesichts der demografischen Herausforderungen fordert economiesuisse einen ausgewogenen Mix aus finanzpolitischen und strukturellen Massnahmen. Zur Stabilisierung der AHV soll der Umfang der Zusatzfinanzierung an die Nettoentlastung durch strukturelle Massnahmen wie die Angleichung/Erhöhung des Referenzalters gekoppelt werden. Nur so kann eine nachhaltige und generationengerechte Stabilisierung der AHV gewährleistet werden.

---



## Umweltpolitik

**Befürworten Sie, dass alle Unternehmen, die dies wollen, eine Zielvereinbarung mit Verminderungsverpflichtung abschliessen können und im Gegenzug die CO<sub>2</sub>-Abgabe zurückerstattet erhalten?**



Meine Antwort: **Ja**

Antwort economiessuisse: **Ja**

Zielvereinbarungen für den Klimaschutz in Kombination mit einer moderaten CO<sub>2</sub>-Abgabe sind eine Erfolgsgeschichte. Verminderungsverpflichtungen sind sowohl ökologisch wie auch ökonomisch Erfolg versprechend. Wer CO<sub>2</sub>-Ausstösse oder Energieaufwände über Zielvereinbarungen reduziert, spart Kosten und bleibt international wettbewerbsfähig. Deshalb sollten alle Unternehmen die Möglichkeit haben, eine sogenannte Verminderungsverpflichtung einzugehen und die CO<sub>2</sub>-Abgabe zurückerstattet zu erhalten. Sämtliche Einschränkungen (unter anderem Schwellenwert, Bagatellgrenze) sind aufzuheben.

**Befürworten Sie den vollständigen Ausstieg der Schweiz aus fossilen Energieträgern bis 2050?**



Meine Antwort: **Ja**

Antwort economiessuisse: **Nein**

Die Reduzierung von fossilen Energieträgern greift ein wichtiges Anliegen auf. Das Ausstiegsdatum 2050 ist jedoch willkürlich gewählt und greift übermässig in die Wirtschaftsfreiheit ein. Die heutige Zielsetzung ist bereits sehr ambitioniert. Mit einem vollständigen Verbot wird die nötige Flexibilität beschnitten, um den Gang in ein treibhausgasarmes Zeitalter wirtschaftsverträglich zu gestalten. Gleichzeitig sind die Risiken enorm, falls alternative Technologien, die für eine vollständige Substitution notwendig sind, bis dahin noch nicht marktreif sind.



## Wettbewerbspolitik

### Befürworten Sie die Schaffung einer staatlich anerkannten elektronischen Identität (E-ID) auf Basis des Vorschlags des Bundesrats?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Der Handlungsbedarf bezüglich elektronischer Identität (E-ID) ist hoch. Die Schweiz hinkt im internationalen Vergleich hinterher. Immer mehr Unternehmens- und Verwaltungsabläufe finden heute im digitalen Raum statt. Da eine unmittelbare Überprüfung der Identität im Internet nicht möglich ist, benötigen Wirtschaft und Verwaltung eine zuverlässige elektronische Möglichkeit zur Identifikation von Personen.

---

### Soll die Regulierung im Finanzmarktbereich umfassend digitalisiert werden?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Der Finanzplatz hat für die Schweiz einen grossen Stellenwert. Er gehört in vielen Geschäftsbereichen zu den Weltmarktführern und trägt wesentlich zur Wertschöpfung und zum Wohlstand der Bevölkerung bei. Um konkurrenzfähig zu bleiben, braucht es eine konsequente Digitalisierung der regulatorischen Prozesse.

---



## Wirtschaftspolitik

### Unterstützen Sie den zeitnahen Abschluss einer wirtschaftsfreundlichen Aktienrechtsrevision auf Basis der Vorlage des Nationalrats vom Sommer 2018?



Meine Antwort: **Eher Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Das Aktienrecht ist veraltet. Deshalb sollte die dem Parlament unterbreitete Aktienrechtsrevision zeitnah zu einem Abschluss gebracht werden. Nebst einer Überführung der Minder-Verordnung (VegüV) ins Gesetz sieht die Revision auch zahlreiche technische Modernisierungen vor, die den Unternehmen Flexibilität bringen. Der Nationalrat hat die Vorlage des Bundesrats im positiven Sinne weiterentwickelt und eine – mit wenigen Ausnahmen – gute und wirtschaftsfreundliche Vorlage verabschiedet. Diese gilt es im Interesse der Rechtssicherheit in beiden Räten möglichst unverändert zu verabschieden.

### Soll das Vordringen von staatlichen und staatsnahen Betrieben in Bereiche der Privatwirtschaft verhindert werden?



Meine Antwort: **Ja**

Antwort economiesuisse: **Ja**

Die Aufgabe des Staates beschränkt sich gemäss den liberalen Prinzipien der Bundesverfassung darauf, günstige Voraussetzungen für die private Wirtschaft zu schaffen. Trotzdem wächst der «staatliche Fussabdruck» schleichend, aber stetig. Das Vordringen des Staates in die Privatwirtschaft raubt den privaten Unternehmen Handlungsspielraum. Wettbewerb und freiheitliche Rahmenbedingungen bilden jedoch die Grundlage für erfolgreiches Unternehmertum, Innovation und dauerhaften Wohlstand.